

**Rede des umwelt- und agrarpolitischen Sprechers  
Rainer Deppe**

am 5. Dezember 2014

**Plenum, TOP 6:  
Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes  
Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften  
(Ökologisches Jagdgesetz)**

**Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 16/7383)**

**1. Lesung**

Herr Präsident!  
Meine Damen und Herren!

Herr Rimmel, Sie haben eben Ihre Rede so begonnen, wie Sie immer beginnen, die Jagd müsse sich gesellschaftlich rechtfertigen, man müsse der gesellschaftlichen Diskussion nachkommen. Abgesehen davon, dass die Grünen ständig über ihre eigene Partei, über ihre befreundeten Organisationen dafür sorgen, dass sich das gesellschaftliche Klima verändert: Ihre Aufgabe als Fachminister – als der sind Sie ja verantwortlich – ist es, für die Verfassung neuer Gesetze fachliche Argumente und nicht ideologische Argumente heranzuziehen. Genau das haben Sie hier nicht getan.  
(...)

Wie ich eben schon dargestellt habe, geht es bei diesem Verfahren um ein Fachgesetz. In den letzten Wochen erleben wir jetzt, dass gesagt wird, man nehme die gesellschaftliche Diskussion auf. An verschiedenen Orten im Land treffen sich Tausende von Menschen – zuletzt 3.500 in Bielefeld –, die ihre gesellschaftliche Position darstellen. Außerdem treffen sich andere Menschen. Das waren mal 20; das waren mal 30; das waren vielleicht auch mal 50. Dann nimmt man die Diskussion dieser zuletzt genannten Menschen auf und bildet sie hier ab. Das kann man ja machen. Man hat eben die Wahrnehmung, 3.500 seien wenig, und 50 seien viel, weil diese 50 natürlich das richtige Bewusstsein haben.

Zu dem, was wir dann heute Morgen erlebt haben, muss ich aber wirklich etwas sagen. Nachdem die Obleuterunde getagt hatte, wurde eine Sitzung des Ausschusses durch Unterschriften erzwungen. So etwas haben wir erst selten erlebt. Bevor der Gesetzentwurf überhaupt beraten worden ist, haben SPD und Grüne auch schon die Anhörung beantragt, obwohl das übliche Verfahren ist, dass wir erst eine erste Beratung im Plenum machen, an deren Ende den Gesetzentwurf in den Ausschuss überweisen und dann eine erste Lesung im Ausschuss durchführen.

Herr Meesters, dann wurde – das war ein Glanzstück von Demokratie, Beteiligung und Beachtung der Rechte der Opposition – der Termin der Anhörung mit Mehrheit durchgedrückt ...



**Es gilt das gesprochene Wort!**

Heute Morgen mussten wir sowohl den Sitzungstermin als auch die Uhrzeit mit Mehrheit beschließen. Außerdem wurde die Zahl der Sachverständigen begrenzt, obwohl eine solche Zuteilung an die Fraktionen in unserem Ausschuss vollkommen unüblich ist. Daher muss ich schon sagen: Das Interesse an einer sachlichen und fachlichen Debatte scheint nicht besonders ausgeprägt zu sein.

(...)

Meine Damen und Herren, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf missachten und überhaupt nicht bedenken, ist die Tatsache, dass wir in der Jagd in Deutschland den althergebrachten Grundsatz der Waidgerechtigkeit haben. Herr Remmel, das wird aus Ihren Äußerungen auch deutlich. Sie haben überhaupt kein Verständnis dafür. Wir brauchen aber nicht weniger Jagd, wie Sie hier gerade noch einmal gesagt haben, sondern mehr Jagd. Das haben Sie hier eben noch einmal wiederholt. Ihr Verständnis von Jagd ist offenbar ausschließlich das Verständnis von Schießen. Die Leistungen, die die Jäger für das Gleichgewicht im Naturhaushalt, für die Hege und für den Schutz der bedrohten Arten erbringen, bleiben dabei vollkommen außen vor.

Deshalb ist es völlig falsch, die Zahl der jagdbaren Arten zu reduzieren. Sie muss ausgeweitet werden; denn diese Tiere, die dem Jagdrecht unterstehen, sind die am besten geschützten Tiere in unserem Land.

Aus rein ideologischen Gründen wollen Sie die Jagd hier unmöglich und uninteressant machen. Das werden wir dann noch weiter diskutieren.